



Brüssel, 9. November 2010

Inge Gräßle (EVP/CDU)

EU-Rechnungshofbericht: Mitgliedstaaten in der Pflicht

Gräßle: effektiver Umgang mit EU-Geldern muss vor Ort beginnen

Nach der Vorstellung des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofes über den EU-Haushalt 2009 sieht die Sprecherin der EVP-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (CDU), vor allem die Mitgliedstaaten in der Pflicht, da diese vor Ort über die Auszahlung der EU-Gelder entscheiden. "Ein effektiver Umgang mit EU-Geldern muss vor Ort beginnen. Die Direktzahlungen an Landwirte und die EU-Gelder zur Strukturförderung werden durch die nationalen Behörden der EU-Staaten zu wenig kontrolliert. Hier sind die Mitgliedstaaten in der Pflicht, effektive Kontrollsysteme einzurichten", betonte Gräßle.

Die EU-Kommission müsse Mitgliedstaaten, die sich nicht an die EU-Vorgaben halten, beim Namen nennen und konkrete Vorgaben zur Verbesserung der Kontrollsysteme machen. "Die Kommission muss mit den betroffenen EU-Staaten Tacheles reden, sonst hat der Steuerzahler das Nachsehen. Bisher ist die EU-Kommission hier zu zurückhaltend".

Gräßle kritisierte vor allem die mangelnde Bereitschaft der EU-Staaten und mangelnde Entschlossenheit der Kommission, zu Unrecht gezahlte EU-Gelder wiedereinzuziehen. "Nur ein Bruchteil der falsch ausgezahlten EU-Gelder fließen auch nach Brüssel zurück. Und selbst wenn, dauert die Wiedereinzahlung oft mehr als vier Jahre und verjährt häufig". Verschlechtert hat sich die Verwaltung im Agrarbereich. "Wenn Sportvereine wie in Bulgarien Agrarmittel bekommen für ihre Rasenflächen, dann stimmt das System nicht". Von 20 überprüften nationalen Zahlstellen für Landwirte verfügten laut Rechnungshof 12 nur über "bedingt wirksame" Kontrollsysteme, sieben wiesen gar "erhebliche Mängel" auf.

Nötig sei deshalb eine automatische Prozedur zur Wiedereinzahlung zu Unrecht ausgezahlter EU-Mittel, so Gräßle. "Es muss klare Zeitvorgaben geben, die nicht überschritten werden dürfen. Zudem müssen alle falsch ausgezahlten Beträge wieder eingesammelt werden. Bisher scheint es aber für viele Mitgliedstaaten günstiger zu sein, eine kleine Strafe an die EU-Kommission zu entrichten als ein funktionierendes System zur effektiven Kontrolle und Wiedereinzahlung von EU-Geldern einzurichten!"

Für weitere Informationen

Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +32 228 47868

EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897